

# Die SPD setzt auf Beteiligung

Interview mit Thorben Albrecht

## Herr Albrecht, was machen Sie hier im Willy-Brandt-Haus?

Ich bin Abteilungsleiter Politik. Da fragen sich schon Leute, was außer Politik denn sonst im Willy-Brandt-Haus gemacht wird. Im Englischen würde das Head of Policy and Planning heißen. Die Politikabteilung hier setzt sich aus drei Teilen zusammen. Das sind zum einen der innenpolitische Themenbereich, die ganze Palette von der Wirtschafts- bis zur Frauenpolitik, vom Kirchenreferat bis zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Dann gehört dazu das Politische Archiv des Willy-Brandt-Hauses. Und schließlich eine kleine Arbeitseinheit, die sich mit der Zusammenführung strategischer Fragen, Konkurrenzbeobachtung, Forschung und Analyse beschäftigt.

## Das klingt, als seien Sie der Leiter des hauseigenen Think-Tanks?

Wir arbeiten schon strategisch vor, aber das machen andere, wie z.B. die internationale Abteilung, auch.

## War 2011 für Sie und die SPD ein gutes Jahr?

Ich denke schon und das lässt sich an zwei Punkten deutlich machen. Zum einen sind für uns als SPD natürlich Wahlen immer der wichtigste Indikator. Es hat in den vergangenen beiden Jahren acht Landtagswahlen gegeben, aus denen wir jeweils mit Regierungsbeteiligung herausgegangen sind, sechs-mal stellen wir sogar den Ministerpräsidenten. Da können wir als SPD sehr zufrieden sein.

Der zweite Punkt ist, dass sich die SPD nach der dramatischen Niederlage 2009 nicht nur personell sondern auch programmatisch neu aufgestellt hat. Auf dem Bundesparteitag im Dezember hier in Berlin sind eine ganze Reihe von Themen weiterentwickelt worden. Das betrifft auch Fragen, die noch aus der letzten Regierungszeit übrig geblieben sind wie Leiharbeit und Renteneintrittsalter. Vor allem sind es aber viele neue Themen wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Ideen, unsere Demokratie neu zu beleben. Da sind konstruktive Debatten innerhalb der SPD geführt worden, deren Ergebnisse in die SPD und in die Öffentlichkeit vermittelbar sind, ohne dass sie unrealistische Forderungen aufstellen. Damit kann die SPD alles in allem sehr zufrieden sein.

## Wer ist in einem solchen Programmenerneuerungsprozess der Impulsgeber?

Da greifen verschiedene Ebenen ineinander, wobei wir diesmal auch auf neue Instrumente gesetzt haben. Klassischerweise würde die Parteispitze sagen, welche Themen sie für interessant hält. Mit der Entscheidung wird dann eine Expertenkommission eingesetzt, die Lösungsvorschläge erarbeitet.

## Und was war die Neuerung?

Auch als Konsequenz aus der Wahlniederlage 2009 haben wir gesagt, dass wir für einige zentrale Bereiche so genannte Zukunftswerkstätten einrichten. Das sind Gremien, die neben den Expertenformaten stehen und zum Ziel haben, Parteimitglieder und Bürger zu beteiligen. Damit haben wir offenere Prozesse angestoßen, in denen nicht nur die üblichen, uns beratenden Experten vertreten sind, sondern ein weiterer Kreis an Menschen. Dadurch sind neue Impulse entstanden.

## Das ist eine Strukturinnovation, die ja auch in anderen Kontexten angewendet wird. Hat sich das in ihrem Parteikontext bewährt, um programmatisch voranzukommen?

Für die Erneuerung eines Parteiprogrammes sind einige Schritte notwendig, bevor es zur neuen Programmatik im Sinne von politischen Lösungsvorschlägen kommt. Da stehen zunächst die Grund- und Werthaltungen, die bei der SPD relativ klar verankert sind. Das zweite sind Realitäts- und Problemwahrnehmungen. Dafür ist es schon sehr hilfreich zu sehen, wie diese nicht nur von Experten sondern auch von „normalen“ Menschen gesehen werden. Dabei müssen dann natürlich Einzelmeinungen eingeordnet werden. Je breiter die Gruppe ist, die eine Problemwahrnehmung teilt, desto relevanter ist diese auch. Auch bei der Frage der Themengewichtung ist es wichtig, verschiedene Meinungen einzuholen.

## Waren neben den Experten und den Laien auch noch hinzugekaufte Berater dabei?

Die Parteiprogrammentwicklung kommt normalerweise ohne bezahlte externe Berater aus. Diese Prozesse werden hier bei uns geplant und auch von uns begleitet. Auch was die Kommunikation angeht, machen wir sehr viel selbst mit unserer Kommunikationsabteilung. Wir haben aber auch eine Agentur, die sowohl Kommunikations-als auch Strategie- und Prozessberatung macht. Das gewinnt auch wieder an Bedeutung im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl. Nach der Bundestagswahl 2009 gab es auch eine Zeit in der wir ganz auf externe Agenturen verzichtet haben.

## Wir hören häufig, dass führende Politiker sich nach Wahlerfolgen auch bei ihren Beratern bedanken. Für viele Außenstehende sind diese Berater aber unbekannte Leute. Wer sind die Berater?

Im Grunde sind alle Experten, die an programmatischen Fragen mitarbeiten, auch Berater. Diese haben keinen Beratervertrag und kriegen dafür auch kein Honorar. Sie sind interessiert

daran, dass ihre Meinung gehört wird. Natürlich gehören dazu auch die Leute hier im Haus; das reicht von den Fachabteilungen bis zu des persönlichen Büros der Parteispitze. Selbst wenn sich der Parteivorsitzende mit einem Gewerkschaftsvorsitzenden oder dem Chef der Verbraucherzentrale trifft, ist das ja eine Form von Beratung. Beratung ist ein weites Feld, wobei eines sicher ist: der Anteil der gekauften Beratung ist eher klein.

### **Wie sind die Prozesse innerhalb einer Partei, wenn das Programm fertig ist?**

Zuerst muss man sagen, dass ein Parteiprogramm nie fertig ist. Wir haben zwar jetzt eine breitere programmatische Aufstellung, es wird aber noch einen Prozess hin zu einem Regierungsprogramm geben, mit dem wir in die Wahl gehen. Da wird es sicher noch den ein oder anderen inhaltlichen Feinschliff geben. Und das wird in 2012/2013 auch nicht ohne die Beteiligung unserer Mitglieder und einer breiteren Öffentlichkeit von statten gehen. Es wäre falsch zu glauben, dass eine Partei mit einem fertigen Programm und einigen Kandidaten politisch Werbung machen geht. So funktioniert politische Kommunikation heute nicht. Für uns ist Dialog die wichtigste Kommunikationsform. Das Werbeplakat oder ein TV-Spot sind Sachen, die kommen zum Schluss. Wir wissen, dass politische Positionen sehr stark von Meinungen im persönlichen Umfeld abhängen – Familie, Arbeitsplatz, Sportverein. Deswegen setzen wir auf gesellschaftliche Kommunikation.

### **Ist es schwierig für Sie, immer neue Herausforderungen mit sozialdemokratischen Kernbotschaften zu vereinen?**

Wenn man wie wir einen Wertekompass hat, dann ist das möglich. Da lassen sich neue Phänomene gut einordnen. Wenn man also sagt, die Finanzmärkte sollen politische Prozesse nicht so stark beeinflussen, dann ist das schon mal eine programmatische Aussage für sich, für die dann Lösungen zur Umsetzung gefunden werden müssen. Und dann decken Volksparteien, wie sie die SPD eine ist, eine große Breite an Meinungen in der Gesellschaft ab. Meinungsforscher sagen immer, keine Partei streut so breit wie die SPD über die verschiedenen Milieus. Das bedeutet, dass wir bei der programmatischen Arbeit eine riesige Konsensmaschine sind. Wir müssen viel mehr Blickwinkel zusammenbringen, als das bei kleineren Parteien der Fall ist. Das heißt auch, dass jedes neue Thema, neu diskutiert werden muss, um die verschiedenen Meinungen einzuholen und dafür eine sozialdemokratische Klammer zu finden.

### **Wer berät Sie eigentlich für Ihre Arbeit?**

Meine wichtigsten Berater sind meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen hier in der Abteilung. Die sind nicht nur inhaltlich fit in ihren Bereichen, sondern haben jeweils viele Kontakte zu Verbänden, Gewerkschaften, Unternehmen und Aktiven. Ich selbst habe auch ein eigenes Netzwerk von Leuten aus ver-

schiedenen gesellschaftlichen Bereichen, wo ich mir Informationen und Ideen hole. Es geht mir immer darum, mich mit vielen anderen Ideen zu konfrontieren, auch wenn sie „nur“ von kleineren Gruppen oder Einzelpersonen kommen. Es ist ja nicht immer eine Frage von mächtigen Institutionen, wenn es um intellektuell spannende Debatten geht.

### **Schaffen es ihre Mitarbeiter, die Wissenschaft dabei im Blick zu halten?**

Sie versuchen es. Aber diese Lücke zwischen Herangehensweisen von praktischer Politik und den inhaltlichen Angeboten großer Teile der deutschen Politikwissenschaft ist schon enorm. Sicher gibt es Think Tanks und Hochschulen, die darauf abzielen, gezielt Wissen der Politik anzubieten. Aber prinzipiell muss man da immer sehr viel Übersetzungsarbeit leisten. Wir haben beispielsweise vor ein paar Jahren einen Kreis jüngerer Wissenschaftler gegründet, die vom Selbstverständnis ein bisschen politiknäher sind und mit denen wir diese Übersetzungsarbeit machen. Sie sind für uns Scouts in die Wissenschaftsszene, um uns dort auf Entwicklungen aufmerksam zu machen.

### **Da leistet eine Expertenrunde Übersetzungsarbeit von einem gesellschaftlichen Teilbereich in den anderen.**

Schon, aber wir leisten diese Übersetzungsarbeit in unserer alltäglichen Arbeit natürlich auch. Und so zentrale Punkte wie der von Colin Crouch, der sich über wirklich fundamentale Zusammenhänge in demokratischen Gesellschaften Gedanken macht, muss mir dann auch keiner mehr übersetzen. Aber es gibt Fachdebatten, da weichen die wissenschaftlichen und die politischen Ansätze schon sehr voneinander ab.

### **Das ist eine Kritik an den Debatten und Ergebnissen der Politikwissenschaft, die diese auch schon lange begleitet.**

Das ist erst mal keine Kritik, sondern die Beschreibung eines Unterschieds. Häufig ist es gerade spannend, mit Menschen in Kontakt zu treten, die theoretisch und grundsätzlich Themen behandeln. Wir haben manchmal Scheuklappen, die durch die formale Gesetzgebungspraktik kommen. Die Wissenschaft hilft uns dabei, diese Scheuklappen abzulegen und wir helfen vielleicht der Wissenschaft, ihre Ergebnisse praxisnäher zu gestalten.

### **Nach der Mitgliederbefragung in der FDP zum Euro-Rettungsschirm Ende 2011 stellt sich die Frage, ob diese Instrumente für große Parteien auch sinnvoll wären. Was meinen Sie?**

Seit 1993 hat die SPD den Mitgliederentscheid und das Mitgliederbegehren im Statut. Bei den Begehren hatten wir bisher das Problem, dass wir mit 10% zwar ein niedriges Quorum hatten, aber die Initiatoren eines Begehrens die gesamte Infrastruktur und Organisation selbst stellen mussten. Dementsprechend ist ein Mitgliederbegehren bisher auch noch nie

erfolgreich gewesen. In der größeren Parteireform, die auf dem letzten Parteitag beschlossen wurde, haben wir uns zum Ziel gesetzt, dass sich diejenige Stelle in der Partei um das Begehren kümmert, an die es gerichtet wurde. Dann werden auch die uns zur Verfügung stehenden Medien eingesetzt und die Chancen vergrößert, dass so etwas gelingen kann.

Daneben gibt es den Mitgliederentscheid, für den wir auch im Rahmen der Reform entschieden haben, dass das Quorum auf 20% gesenkt wird. Gleichzeitig wird die Möglichkeit der Briefwahl geschaffen und wollen, wenn möglich, auch Online-Abstimmungen einführen.

### **Die Parteireform hat einiges ins Rollen gebracht.**

Ja, Mitgliederentscheide wollen wir für inhaltliche Fragen stärken. Bei Personalfragen ist das parteiengesetzlich etwas schwieriger, denn da ist es formal der Parteitag, der am Ende entscheiden muss. Aber das würden wir auch gerne ändern und werden dazu Gespräche mit den anderen Parteien führen. Wir wollen, dass auch echte Personalfragen per Mitgliederentscheid entschieden werden können.

### **Können solche Verfahren für eine Partei auch integrative Funktionen haben?**

Das können sie sicherlich, wobei es bei den Mitgliederbefragungen am Ende immer auf Ja/Nein Entscheidungen hinausläuft. Deshalb wollen wir diese Möglichkeiten stärken, aber gleichzeitig den Zugang zu inhaltlichen Debatten erleichtern. Wir wollen Themenforen einrichten welche unabhängig vom Wohnort zugänglich sind. Dort sollen Menschen online und offline an programmatischen Fragen arbeiten können. Damit kann man noch vor etwaiger Ja/Nein Entscheidungen gemeinsame Positionen erarbeiten.

Wir müssen auch direkt-demokratische und repräsentative Verfahren miteinander verschränken. Das ist ein wichtiges Demokratiethema, das die Gesellschaft bewegt und auch von Parteien zur internen Willensbildung aufgegriffen werden muss.

### **Glauben Sie, dass die Übung des Zusammenspiels direkter und repräsentativer Verfahren ein zukunftsweisendes Modell sein kann?**

Das hoffen wir sehr und gehen mit unserer Parteireform ganz bewusst in diese Richtung.

### **In Frankreich durften bei den Vorwahlen für den sozialistischen Präsidentschaftskandidaten alle wahlberechtigten Bürger teilnehmen. Wird damit der Bogen der Teilhabe überspannt?**

Nicht notwendigerweise. Im Statut der SPD gibt es schon die Möglichkeit, bei der Aufstellung von Einzelkandidaten Nicht-Mitglieder beteiligen, sofern es mindestens zwei Kandidaten gibt. Aber in der Praxis haben wir eine sehr intensive Debatte

innerhalb der SPD, inwieweit das eigentlich gewünscht ist. Denn es geht einerseits um die potentielle Entwertung von Mitgliedschaft und andererseits um Öffnung der Partei. Die PS in Frankreich galt bis vor kurzem noch als Honoratiorenpartei während die SPD traditionell eine Massenpartei ist. Selbst 500.000 Mitglieder sind heute noch eine große Zahl, die die Gesellschaft innerhalb der Partei abbildet. Unsere Mitglieder geben schon zu erkennen, dass sie selbst die Entscheidungen in der Partei mit treffen möchten.

Aber es kann auch Situationen geben wie bei einigen Landratswahlen, wo wir dann ganz bewusst eine Urwahl abhalten, die für alle offen ist, auch um die Kandidaten bekannt zu machen. Frankreich hat auch gezeigt, dass diese Art der Urwahl nur erfolgreich ist, wenn es mehrere Kandidaten gibt, die ernsthaft dieses Amt wollen und auch realistische Chancen darauf haben. Es bleibt eine Abwägungsfrage im Einzelfall, ob dieses Verfahren sinnvoll ist.

### **Wann werden ein Berater selber zur politischen Figur?**

Sie sind es. Sie beraten die Politiker ja permanent und begleiten sie in ihren Entscheidungen.

### **Aber werden Berater auch irgendwann Politiker?**

Bei den allermeisten ist das eine Grundentscheidung, die man in den ersten Jahren der Karriere fällt. Es sind einfach unterschiedliche Qualitäten, die man in der ersten oder eben in der Reihe dahinter braucht. Es gibt Ausnahmen, davon aber wenige.

### **Was passiert, wenn wie in letzter Zeit dermaßen viel politisches Spitzenpersonal abtritt? Müssen Sie dann nicht irgendwann ran?**

Die SPD hat ein sehr großes Reservoir von Mandatsträgern – sowohl auf Bundes- als auch auf Landes- und Kommunalebene.

### **Aber ehemalige Politiker bleiben ihren Parteien oft als Berater erhalten.**

Da sind wir aber wieder bei einem breiten Beraterbegriff. Diese erhalten ja selten Geld dafür. Sie leiten vielleicht mal eine Kommission oder wechseln zu den politischen Stiftungen. Die Parteien wären auch nicht besonders klug, wenn sie auf deren Expertise verzichten würden. In den Apparaten der Parteien findet man diese ehemaligen Politiker aber selten wieder.

### **Zum Schluss noch zwei Fragen zur Lage der SPD: Wie erklären Sie sich die schnelle "Erholung" der SPD, nachdem sie vor zwei Jahren am Boden lag?**

Ich glaube, dass die SPD auf zwei Ebenen sehr systematisch die Grundlagen gelegt hat. Sie ist einerseits auf der kommunalen und Länderebene erstarkt, was ebenso ein organischer Wachstumsprozess ist wie der programmatische Verände-

rungsprozess auf der Bundesebene. Nach der Wahlniederlage 2009 haben wir gesagt, wir stellen inhaltliche Positionen auf den Prüfstand, wobei die allermeisten am Ende dann doch Bestand hatten. Das hatte viel mit Mut zu tun. Aber auch die Strukturen haben wir neu aufgestellt und das Miteinander verbessert. Da ist sicher Geschlossenheit ein wichtiger Punkt.

Das war eine mühsame Arbeit, der sich alle unterzogen haben. Da hat niemand gesagt, wir treten nach ein paar Monaten schon wieder so auf, als sei nichts gewesen. Solche Wahlniederlagen haben viel mit Vertrauensverlust zu tun. Und Vertrauen ist eine Sache, die Zeit braucht um zu wachsen. Da hat die SPD schon sehr konsequent daran gearbeitet. Es zahlt sich jetzt aus, dass wir 2009 bereits mit der Neuaufstellung begonnen haben.

**Es sind also die Reformbemühungen der SPD selbst, die für diesen Wiederaufstieg verantwortlich sind und nicht die großen gesellschaftlichen Krisen, die die Regierungsparteien derzeit bedrängen?**

Das sehe ich so. Die Performance der Bundesregierung schadet uns sicherlich nicht. Aber das heißt nicht, dass unzufriedene

Wähler dann gleich zur Konkurrenz laufen würden. So einfach ist es nicht, was auch Umfragen deutlich zeigen. Wenn jemand von der Politik der Bundesregierung enttäuscht ist, geht bei ihm Vertrauen in Politik verloren und vermutlich fühlt er sich dann erstmal „von der Politik“ im Allgemeinen nicht gut vertreten. Vertrauen muss jede Partei neu aufbauen, wenn sie die Wähler für sich gewinnen will.

Das Interview führte Johannes Staemmler.



Thorben Albrecht (Sozialdemokrat, Historiker, Gewerkschafter) ist Abteilungsleiter Politik im Willy-Brandt-Haus in Berlin, der Parteizentrale der SPD. Er war Büroleiter der Stellv. SPD-Vorsitzenden Andrea Nahles, davor fünf Jahre beim DGB-Bundesvorstand. Email: [Thorben.Albrecht@spd.de](mailto:Thorben.Albrecht@spd.de)

# Erdöl als politische Machtquelle?



## Machtquelle Erdöl

Die Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik von Erdölstaaten

Herausgegeben von Dr. Matthias Basedau und Prof. Dr. Robert Kappel

2011, 314 S., brosch., 54,- €, ISBN 978-3-8329-6892-2

(Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, Bd. 11)

Schrumpfende Erdölreserven bei gleichzeitig wachsender globaler Energienachfrage haben in der letzten Dekade zu steigenden Erdölpreisen beigetragen. Der Sammelband untersucht die Effekte des hohen Ölpreises in neun Erdölstaaten in Afrika, Lateinamerika, dem Nahen Osten sowie aus der OECD-Welt. Der systematische Vergleich der Länderfälle generiert einige konsolidierte Hypothesen zum Zusammenhang von Ölpreis und Entwicklungen in der Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik, die grundsätzlich die Annahmen des Rentierstaatskonzepts unterstützen. Der Band zeigt auf, dass die tatsächlichen Entwicklungen nicht ohne Berücksichtigung des erdölunabhängigen Kontexts der jeweiligen Länder erklärt werden können. Deutlich wird dies am Beispiel Libyens, das trotz seines hohen Öleinkommens eine schwere politische Krise durchlebt, aber auch im Falle der wirtschaftlich erfolgreichen und stabilen Demokratie Norwegens.

Weitere Informationen: [www.nomos-shop.de/13965](http://www.nomos-shop.de/13965)



Nomos